

„Eltern“-Studie zeigt: Familien brauchen eine deutliche finanzielle Entlastung und mehr Anerkennung ihrer Familienarbeit

Der Familienbund der Katholiken fordert angesichts der von der Zeitschrift „Eltern“ vorgestellten Forsa-Umfrage „Familie und Wahl“ eine deutliche finanzielle Entlastung für Familien und eine stärkere Anpassung der Familienpolitik an die Bedürfnisse der Familien.

„Wenn 74 % und damit 3/4 der befragten Eltern die aktuelle Familienförderung als Augenwischerei empfinden und das Gefühl haben, sie erhielten vom Staat Geld, das er ihnen vorher über Abgaben und Steuern weggenommen hat, zeigt dies, dass wir in Deutschland von einem transparenten und vor allem gerechten Familienlastenausgleich noch weit entfernt sind“, so Elisabeth Bußmann, Präsidentin des Familienbundes der Katholiken heute in Berlin. Der Familienbund fordert deshalb seit Jahren ein einheitliches Kindergeld von 300 Euro pro Kind sowie einen einheitlichen Steuerfreibetrag für Erwachsene und Kinder in Höhe von 8.000 Euro pro Jahr. „Familien haben ein Recht auf einen nachhaltigen steuerlichen Ausgleich der gesamten Unterhaltskosten für ihre Kinder“, so Bußmann.

„Die Umfrage zeigt auch, dass 88 % der Befragten sich eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit wünschen. Diese Sichtweise findet in der derzeitigen Familienpolitik, die den Fokus allein auf einen möglichst frühen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit richtet, keinen Niederschlag. Das muss sich ändern“, fordert Bußmann.

Um deutlich zu machen, was Familien wirklich wollen, lässt der Familienbund alle Wählerinnen und Wähler unter der Internetadresse www.mehrkinderwagen.de bis zur Bundestagswahl über seine fünf wichtigsten Forderungen abstimmen. Der Appell lautet: Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert. Das Ergebnis der Abstimmung wird der Familienbund nach der Wahl der neuen Bundesregierung als Handlungsempfehlung überreichen.

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.

